



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Grundzüge der Geschichte**

**Egelhaaf, Gottlob**

**Leipzig, 1917**

Einundvierzigstes Kapitel. Deutschland im Zeitalter Kaiser Wilhelms I.  
1871-1888. Kaiser Friedrich. -Kaiser Wilhelm II.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82413](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82413)

Ansprache  
Kaiser Wil-  
helm I. „an  
das deutsche  
Volk“ 18.  
Jan. 1871.

Der Bruderkrieg von 1866 war vergessen; ein Stamm hatte für den andern und für das große Ganze geblutet; ein Kitt war damit für das neue Reich geschaffen, wie er stärker nicht gedacht werden konnte, und „es war Frühling geworden in Deutschland“. Das Größte aber war, daß Kaiser Wilhelm I., der Sieger in drei Kriegen und hundert Schlachten, bei Annahme der deutschen Krone eine Ansprache „an das deutsche Volk“ richtete, in welcher er mit feierlichen Worten Gott bat, „er möge ihm und seinen Nachfolgern verleihen, allezeit Mehrer des deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.“

### Einundvierzigstes Kapitel.

#### Deutschland im Zeitalter Kaiser Wilhelms I. 1871 — 1888. Kaiser Friedrich. Kaiser Wilhelm II.

Stellung  
des deut-  
schen Reichs  
in Europa  
seit 1871.

a. Deutsche Friedenspolitik. Durch den Sieg über Frankreich war die Vormachtstellung in Europa an das deutsche Reich übergegangen. Es übte seine Macht ganz in dem Geiste aus, den die Ansprache Kaiser Wilhelms an die Deutschen atmete: es griff nicht störend in die Angelegenheiten der andern Völker ein; es ging nicht auf kriegerische Eroberungen, auf Vergewaltigung seiner Nachbarn aus, wie dies seit den Tagen Ludwigs XIV. französischer Brauch gewesen war, sondern es erwies sich durch die ganze Zeit seit 1871 als ein fester Hort des europäischen Friedens und der menschlichen Gesittung. Anfangs noch beneidet und beargwohnt, erwarb das deutsche Reich unter der stets starken und zielbewußten, aber auch stets maßvollen Leitung des Reichskanzlers Bismarck sich allmählich das Vertrauen der Welt, mit Ausnahme der nach Rache für ihre Niederlage dürstenden Franzosen. Weil Frankreich das 1871 geschaffene Verhältnis innerlich nicht anerkannte, so befand sich Europa seit 1871 allerdings im Zustand des „bewaffneten Friedens“, und alle Großstaaten aufser England suchten durch Annahme der allgemeinen Wehrpflicht ihre kriegerische Kraft zu stärken.

b. **Ausbau des Reichs.** Kaiser Wilhelm I. erstrebte vor allem den inneren Ausbau des Reichs und die Erhaltung seiner äußeren Sicherheit. Diesem Zwecke dienten (nachdem schon 1868 das metrische Maß und Gewicht angenommen war) die Einführung gleicher Münze (auf Grundlage der Goldwährung), 1872; die Ordnung des Heerwesens (wobei die Friedensstärke 1874, 1880 und 1887 — hier nach einem heißen Wahlkampfe — auf je sieben Jahre festgestellt wurde); die Durchführung der Gleichheit im Straf- und Zivilprozeß und in der Gliederung der Gerichte 1876; die Zollreform vom Juli 1879, kraft deren um das Reich ein System mässiger *Schutzzölle* gelegt und durch *Finanzzölle* die Reichskasse gefüllt wurde; die Einbeziehung Hamburgs und Bremens in den Zollverein 1882 und 1885; die Bekämpfung des Polentums (Ansiedlungskommission 1886), endlich der Ausbau des Reichssteuersystems durch die Verbesserung der Steuern auf Zucker und Branntwein 1887. Preußen erhielt 1872 eine auf Selbstverwaltung aufgebaute Kreisordnung, und 1880—85 kaufte der Minister Maybach fast alle Eisenbahnen für den Staat an. Das innere Leben des Reichs wurde vor allem durch zwei Dinge beherrscht: den sog. *Kulturkampf* und die *Sozialreform*.

Ausbau  
des Deut-  
schen Reichs  
seit 1871.

„Septennat.“  
Gerichtsre-  
form 1876

Zollreform  
1879.

Reichs-  
steuer-  
system

c. **Kulturkampf.** Zwischen dem preussischen *Staate* und der katholischen *Kirche* entspann sich seit Ende 1871 ein heftiger Kampf. Die preussische Regierung bezichtigte die katholische Geistlichkeit in Posen und Westpreußen, daß sie die Polonisierung des deutschen Elements begünstige; der Kultusminister Mühler wurde deshalb durch Falk ersetzt, der die Schulaufsicht ausschliesslich dem Staate überwies und so die Abhängigkeit der Volksschule von der Kirche beseitigte. Dann folgten die vier „Maigesetze“, durch die 1. der Gebrauch der kirchlichen Zuchtmittel gegen Laien beschränkt, 2. wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen unter Staatsaufsicht und auf deutschen Anstalten gefordert und gegen Anstellung von Geistlichen ein mit staatsbürgerlichen Gründen zu belegendes staatliches Einspruchsrecht aufgerichtet, 3. der Austritt aus den Kirchen erleichtert, 4. die ausländische Gerichtsbarkeit über preussische Geistliche beseitigt und ein staatlicher Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten errichtet wurde. Auch das Reich wurde — durch

„Kultur-  
kampf.“

Falk  
Minister  
13. Jan. 1871.

Maigesetze  
1873.

Jesuiten-  
gesetz 1872.  
Zivilehe  
1875.

Deutsch-  
konservative

Leo XIII.  
1878.

Kirchlicher  
Friede 1887.

Soziale  
Frage.

Sozial-  
demokratie.

die Gesetze über den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken 1871 und über die Aufhebung des Jesuitenordens im Deutschen Reich 1872, sowie durch Einführung der Zivilehe 1875 — einigermaßen am Kulturkampf beteiligt. Eine Stütze fand die preussische Regierung an den „Altkatholiken“ (S. 311) und an den sog. „Staatskatholiken“, die zwar allen Lehrsätzen der katholischen Kirche sich unterwarfen, aber den Gehorsam gegen die Staatsgesetze als Bürger- und Christenpflicht betrachteten. Die Bischöfe und die Geistlichen, welche dem Befehl Pius' IX. gemäß den Staatsgesetzen den Gehorsam versagten, wurden zu Absetzung, ja Haft verurteilt. Die große Mehrheit des katholischen Volkes blieb aber in der Abwehr der Maigesetze unbeugsam, und im Reichstage wuchs die 1871 gestiftete katholische Fraktion des „Zentrums“ allmählich von 50 auf 100 Abgeordnete, ein Viertel der Gesamtzahl, an. Auch die 1876 gegründete „deutsch-konservative“ Partei nahm gegen den die evangelische Kirche in Mitleidenschaft ziehenden Kulturkampf Stellung. Mit dem Tode Pius' IX. und der Thronbesteigung Leos XIII. im Februar 1878 hatte aber der Kampf seinen Höhepunkt überschritten; im Juli desselben Jahres pflog Bismarck in Kissingen mit dem Nuntius Masella vertrauliche Besprechungen, und bei gegenseitigem Entgegenkommen wurde 1887 nach neun-jährigen, überaus schwierigen Verhandlungen ein Friedensschluß erzielt, dem gerade die einschneidendsten Maigesetze zum Opfer fielen. Bestehen blieben aber die drei Reichsgesetze, in Preussen das Schulaufsichtsgesetz und das Gesetz über die Pflicht der vorherigen Anzeige der von kirchlicher Seite zu ernennenden Pfarrer bei den Oberpräsidenten der Provinzen, sowie der Ausschluss der Orden aus der Volksschule.

d. **Soziale Frage.** Die *soziale Frage*, die Notlage der ärmeren Klassen einerseits und das erwachende Selbstgefühl der Arbeiter andererseits, erzeugte die Sozialdemokratie (S. 276), welche darauf ausgeht, alle sog. Produktionsmittel, also die Fabriken, die Werkzeuge, den Grund und Boden in die Hand der Arbeiter zu bringen und ihnen den vollen Gewinn ihrer Arbeit ohne Verkürzung zuzuwenden. Wer Arbeiter beschäftigt, sei es als Fabrikant oder als Großgrundbesitzer, gilt in dieser Richtung als „Ausbeuter“ seiner

Nebemmenschen. Die wissenschaftlichen Vorkämpfer der Sozialdemokratie waren Marx (von ihm: „das Kapital 1867“) und Engels, ihre Leiter Bebel und Liebknecht. Die sozialdemokratische Bewegung schwoll von Jahr zu Jahr mächtiger an und bedrohte bald die ganze Eigentums- und Gesellschaftsordnung der Gegenwart mit gewaltsamem Umsturz. Aus der allseitigen Aufwühlung des Volks durch die Sozialdemokratie gingen im Mai und Juni 1878 zwei Mordversuche (von Hödel und Nobiling) gegen Kaiser Wilhelm hervor, worauf als Gegenschlag des Staates und der bedrohten Gesellschaftsordnung der Erlafs des Gesetzes „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom 21. Oktober 1878 folgte, auf Grund dessen die sozialdemokratischen Vereine und Zeitungen unterdrückt wurden. Zu dieser abwehrenden Gesetzgebung trat aber auch eine positive, auf Besserung des Notstandes der Arbeiter gerichtete. Kaiser Wilhelm I. ward durch Bismarck von der Notwendigkeit einer staatlichen Arbeiterfürsorge überzeugt und gab in der berühmten *Botschaft* an den (erstmalig eine oppositionelle Mehrheit aufweisenden) Reichstag vom 17. November 1881 seinem Wunsche Ausdruck, bei seinem Hinscheiden „den Hilfsbedürftigen gröfsere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes zu hinterlassen“. Durch Gesetze über die Bildung von Kassen für Unterstützung kranker (1883) oder bei Unfällen beschädigter (1884) Arbeiter geschah ein erfreulicher Schritt auf dem Boden der „Sozialreform“, des „praktischen Christentums“. Gegen diesen „Staatssozialismus“ kämpfte sowohl die Sozialdemokratie, der er weit nicht genug tat, als die 1884 aus der Fortschrittspartei und dem linken Flügel der Nationalliberalen gebildete „deutschfreisinnige Partei“, der der Staat umgekehrt in dem Eingreifen ins wirtschaftliche Leben viel zu weit ging.

Marx  
1818–83.

Mordversuche gegen  
Kaiser Wilhelm I. 1878.

Sozialistengesetz 1878

Kaiserliche Botschaft  
17. Nov. 1881.

Arbeitergesetze  
seit 1883.

Deutschfreisinnige.

e. Deutschlands Weltstellung. Kolonien. Dreibund. Um neue Absatzgebiete für den deutschen Handel und Gewerbfleiß zu erschliessen und so das stetig anwachsende Volk zu ernähren (1870 38 Millionen, 1890 fast 50), wurden seit 1884 Kolonien gegründet. In *Afrika* wurden erworben im Westen Angra Pequena, das bald zu Deutsch-Südwestafrika erweitert wurde, Kamerun und Togo, im Osten ein großes Ge-

Deutsche Kolonien  
seit April 1884.

hiet von der sansibarischen Küste bis zu den großen Binnenseen und dem Bergriesen Kilima-Ndscharo; in *Australien* die Nordküste Neuguineas samt den nahen Inselgruppen; in *Polynesien* die Marschallinseln; auf die 1885 besetzten Karolinen leistete Deutschland auf Grund eines Schiedsspruchs Leos XIII. wieder zu Gunsten Spaniens Verzicht. Im Jahre 1885 bewilligte der Reichstag für Postdampferlinien nach Ostasien und Australien einen jährlichen Reichszuschuß auf 15 Jahre (1890 wurde unter den gleichen Bedingungen eine ostafrikanische Linie eingerichtet). Die gewaltige Machtstellung des deutschen Reiches unter Wilhelm I. zeigte sich in der Berufung des Berliner Kongresses 1878 (S. 334) und der Kongokonferenz, die am 15. November 1884 zusammentrat. Sie gewährte dem von König Leopold II. von Belgien mit Hilfe des Anglo-Amerikaners Stanley gegründeten Kongostaat die völkerrechtliche Anerkennung und stellte am 26. Februar 1885 für die weiten Flußgebiete des Kongo und des Niger volle Handelsfreiheit fest. Nicht in London, dem Sitz der größten Seemacht, sondern in Berlin trat dieser „europäische Areopag“ zur Entscheidung internationaler Handelsfragen zusammen. Als feste Grundlagen der deutschen Macht erwiesen sich das nationale Kaisertum der Hohenzollern, die erprobte Bundestreue der Fürsten und freien Städte, das vortreffliche Heer und der innige Bund sowohl mit Österreich (seit Oktober 1879, s. S. 336), durch den Bismarck das Werk von 1866 in ebenso staatsmännischer als dem deutschen Gemüt wohltuender Weise ergänzte, als auch mit Italien (seit 1882, bzw. seit März 1887). Dieser Dreibund erhielt den oft hart bedrohten europäischen Frieden gegen das Übelwollen der Franzosen und der Russen.

Berliner  
Kongress  
1878.  
Kongo-  
konferenz  
1884—1885.

Dreibund  
1887.

Kaiser Wil-  
helms I. Tod  
9. März 1888.  
Kaiser Fried-  
richs Tod  
15. Juni 1888.

Kaiser Wil-  
helm II.  
seit 1888;  
geb. 1859.

Gebrechlich-  
keitsgesetz  
1889.

**f. Anfänge Wilhelms II. Bismarcks Entlassung.** Wie fest der nationale Staat in Deutschland begründet war, das zeigte sich im Jahre 1888, wo, nachdem die zwei Kaiser Wilhelm I. und sein edler, unheilbar kranker Sohn Friedrich III. binnen 99 Tagen aus dem Leben geschieden waren, die Fürsten und Völker Deutschlands sich in unerschütterter herzerhebender Treue um den jungen Kaiser Wilhelm II. scharten. Dieser schritt in den ersten anderthalb Jahren seiner Regierung in den Bahnen seines Großvaters weiter. 1889 kam ein Gesetz über die Versicherung der Arbeiter gegen Alter und Gebrechlichkeit zustande. Im gleichen Jahr unterdrückte der tapfere

Hauptmann Wifsmann den Aufruhr der ostafrikanischen arabischen Sklavenjäger unter Buschiri, der nach kriegsrechtlichem Spruche erschossen ward. Allmählich aber bildete sich zwischen dem jugendlichen feurigen Herrscher und dem greisen, bedächtigen Kanzler ein tiefer Gegensatz heraus, der nicht lange nach dem Sieg der Opposition bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 zur Entlassung Bismarcks führte (20. März 1890). Der Kaiser ernannte den General v. Caprivi zum Reichskanzler, der im Gegensatz zu Bismarck einen „neuen Kurs“ eröffnete und ein festes Einvernehmen mit dem Zentrum und der deutschfreisinnigen Partei, die zusammen den Reichstag beherrschten, anzubahnen suchte. Im Juni 1890 schloß das Reich mit England einen Vertrag über die Abgrenzung des deutschen und englischen Besitzes in Afrika, wobei Deutschland den Briten Sansibar, Witu und Uganda überließ, bekam es für Südwestafrika einen schmalen Zugang zum Sambesi („Caprivi-Zipfel“) und die (1808 von den Engländern besetzte) Insel Helgoland, deren Wichtigkeit für unsere Seewehr erst 1914 voll erkannt wurde. Im Anschluß an jenen Vertrag erfolgten 1890—99 weitere Abkommen zwischen England, Deutschland, Frankreich und Portugal, wodurch diese Mächte sämtlich ihren afrikanischen Besitz gegeneinander abgrenzten. 1890 erlosch das gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gerichtete Ausnahmegesetz; erstmals seit zwölf Jahren hielt die Partei ihren Parteitag wieder in den Grenzen des Reiches (zu Halle), fand aber bald in den eigenen Reihen an den radikalsten Genossen, den sog. Unabhängigen, erbitterte Gegner. Die Anzahl der wahlberechtigten Anhänger der Sozialdemokratie belief sich schon auf 1½ Millionen; dem Gesetz über Arbeiterschutz vom Sommer 1891 versagte sie ihre Zustimmung, weil es ihr nicht weit genug ging. Da der „neue Kurs“ den von Bismarck mit Rußland abgeschlossenen „Rückversicherungsvertrag“ über gegenseitige Neutralität im Fall eines Angriffs durch eine dritte Macht nicht erneuerte und den Polen und Engländern ein sehr freundliches Gesicht zeigte, so näherte sich Zar Alexander III. den Franzosen noch mehr, als dies schon seit 1879, seit dem deutsch-österreichischen Bunde, geschehen war. Ein französisches Geschwader erschien im Juli 1891 zum Besuch in Kronstadt, wobei der selbtherrliche Zar

Wifsmann.

Bismarcks  
Entlassung;  
Caprivi  
Reichskanzler  
1890—1894.Helgoland  
deutsch 1890.Erlöschen  
des  
Sozialisten-  
gesetzes  
1890.Arbeiter-  
schutz 1891.Rückver-  
sicherungs-  
vertrag 1879.Franzosen in  
Kronstadt  
1891.

das zum französischen Nationalgesang gewordene Revolutionslied, die Marseillaise, stehend anhörte, und im Oktober 1893 gab ein russisches Geschwader den Besuch in Toulon zurück. Der Dreibund ward aber 1891, 1897 und 1902 (auf 12 Jahre) erneuert und 12jährige Handelsverträge zwischen Deutschland, Österreich und Italien sollten 1892 das politische Band durch wirtschaftlichen Zusammenschluss noch mehr befestigen. Im Januar 1892 brachte der preussische Kultusminister Graf Zedlitz ein den Wünschen des Zentrums und der Konservativen entsprechendes Gesetz über eine streng konfessionelle Regelung des preussischen Volksschulwesens beim Landtag ein; es rief aber bei den Liberalen aller Schattierungen einen solchen Widerstand hervor, daß Zedlitz im März 1892 zu Falle kam und beinahe Caprivi selbst in dessen Sturz verwickelt worden wäre. Im Juli 1893 setzte Caprivi angesichts der Tatsache, daß das stehende Heer Frankreichs das deutsche an Zahl erheblich zu übertreffen begann, durch eine Auflösung des widerspenstigen Reichstags eine Vermehrung des Friedensstandes des deutschen Heeres um 70 000 Mann durch; um die Kosten dieser Verstärkung zu vermindern, wurde die Dienstzeit von drei Jahren (vgl. S. 301) versuchsweise auf zwei herabgesetzt (endgültig 1905). Im Juli 1893 brachte auch der preussische Finanzminister Miquel das Werk einer durchgreifenden Reform des preussischen Steuerwesens zum Abschluss, wodurch die Einkommensteuer auf die Selbsteinschätzung begründet und dem Staat die direkten Personalabgaben, den Gemeinden aber die Ertragssteuern aus Grund und Boden, Gebäuden und Gewerben überwiesen wurden. Im Jahre 1894 wurde die Entfremdung, die zwischen dem Kaiser und Bismarck geherrscht hatte, zur Freude aller Vaterlandsfreunde beseitigt, und Bismarck erschien unter beispiellosem Jubel des Volkes am Vorabend des kaiserlichen Geburtstags zur Beglückwünschung in Berlin. Um das politische Verhältnis mit Rußland zu bessern und dem deutschen Gewerbefleiß das russische Absatzgebiet zurückzugewinnen, wurde ein Handelsvertrag mit dem Zarenreich vereinbart, dem der Reichstag im März 1894 seine Genehmigung erteilte. Da die Handelsverträge aber den Einfuhrzoll auf das ausländische Getreide von 5 Mark auf 3½ Mark

Handelsverträge 1892.

Volksschulgesetz 1892.

Heeresvorlage 1892 bis 1893.

Zweijährige Dienstzeit 1893.

Preussische Steuerreform 1893.

Bismarck in Berlin 1894.

Russischer Handelsvertrag März 1894.

für den Doppelzentner herabsetzten, so erregten sie bei der ohnehin schon durch den auswärtigen Wettbewerb schwer bedrängten Landwirtschaft große Erbitterung; es bildete sich der „Bund der Landwirte“, der bald 200 000 Mitglieder zählte, zum Schutze des heimischen Ackerbaues, und die konservative Partei trat in eine schroffe Kampfesstellung gegen die Regierung. Dies führte im Oktober 1894 zur Entlassung Caprivis aus seinem Amte.

Bund der  
Landwirte  
1894.

Sturz  
Caprivi  
Okt. 1894.

Hohenlohe  
1894.

g. Hohenlohe Reichskanzler 1894—1900. Sein Nachfolger wurde der Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst (1819—1901), der als bayrischer Ministerpräsident, Botschafter in Paris und Statthalter in Elsaß-Lothringen eine reiche staatsmännische Erfahrung gesammelt hatte. In der auswärtigen Politik bewies er sofort, namentlich England gegenüber, eine festere Hand, und in der Person des Herrn (späteren Grafen und Fürsten) Bernhard von Bülow fand er im Juli 1897 für den Posten eines Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten einen befähigten Mann aus der Bismarckschen Schule. In dem Krieg, der Ende 1894 zwischen China und Japan wegen Koreas entbrannte, nahm Deutschland 1895 sich im Verein mit Rußland und Frankreich der zu Wasser (Seeschlacht am Yalufluß) und zu Lande völlig geschlagenen Chinesen an, um eine allzu große politische und wirtschaftliche Übermacht Japans in Ostasien zu verhindern. Das große Werk des Nordostseekanals, der für unsern Handel und unsere Seemacht gleich wichtig ist, ward am 20. Juni 1895 dem Verkehr übergeben. Die deutschen Kolonien, die Caprivi als eine Last für das Mutterland angesehen hatte, fanden bei Hohenlohe und Bülow verständnisvolle Förderung. Ihre Zahl (S. 317 f.) wurde dadurch vermehrt, daß 1) im November 1897 das Gebiet von Kiautschou mit der Stadt Tsingtau besetzt und im Januar 1898 von China „pachtweise auf 99 Jahre“ erworben wurde; die chinesische Provinz Shantung ward deutscher Einflußbereich. 2) im Februar 1899 wurden die Karolinen-, Marianen- und Palau-Inseln den Spaniern um 17 Millionen Mark abgekauft und 3) im November 1899 die beiden Hauptinseln der Samoa-Gruppe, Upolu und Sawaii, durch Vertrag mit England und den Vereinigten Staaten gewonnen. Dem deutschen Ansehen in der Levante kam es zustatten, daß im Oktober 1898 in An-

Chinesisch-  
japanischer  
Krieg  
1894—1895.

Kaiser Wil-  
helmskanal  
1895.

Kiautschou  
1897.

Karolinen-  
und Samoa  
1899.

- Kaiser in Jerusalem 1898. wesenhheit des Kaisers eine deutsch-evangelische Kirche in Jerusalem eingeweiht wurde (Schenkung der sog. Dormition an die Katholiken). Ende 1899 übertrug der Sultan Abdul Hamid der deutschen anatolischen Eisenbahngesellschaft, welche schon die Bahn Skutari-Angora erstellt hatte, die Fortsetzung bis Bagdâd. In der inneren Politik mußte Hohenlohe bei der Zusammensetzung des Reichstags Anlehnung an das Zentrum suchen, das die stärkste Fraktion war und seit März 1895 auch das Reichstagspräsidium inne hatte. Der Reichskanzler gestand dem Zentrum, das für seinen Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes (S. 316) die Mehrheit des Reichstags fand, im Juli 1895 die Wiederzulassung der (vom Jesuitengesetz mit getroffenen) Redemptoristen ins Reich zu, wogegen das Jesuitengesetz selbst aufrecht erhalten wurde. Das Zentrum ward durch seine führende Stellung dahin gedrängt, das zu tun, was früher die konservativ-liberale Mehrheit getan hatte: die Aufgaben des Reichs positiv zu fördern. So half es am 1. Juli 1896 das bürgerliche Gesetzbuch, den Schlußstein der deutschen Rechtseinheit, mit 228 gegen 48 Stimmen im Reichstag durchsetzen. Ebenso stimmte es in seiner Mehrheit für des Kaisers Flottengesetze 1898 u. 1900, wonach die Zahl der deutschen Linienschiffe zuerst auf 19, dann auf 38, die der Kreuzer auf 52 vermehrt werden sollte. Auch für die deutsche Militärstrafprozessordnung trat das Zentrum 1898 neben den nationalen Parteien ein. Der Landwirtschaft bemühte sich das Ministerium Hohenlohe durch eine Anzahl „kleiner Mittel“ nach Kräften zu helfen. Von den „großen Mitteln“ erwies sich aber nur eines, eine Reform der Börse mit Verbot des sog. Terminhandels in Getreide, durchführbar (Juni 1896); die beiden andern, die vom Grafen Kanitz beantragte Übernahme des Handels mit fremdem Getreide durch das Reich und die Einführung der Doppelwährung, scheiterten, das erste am Widerspruch des Reichstages, das zweite an der Unmöglichkeit, eine Einigung unter den Staaten über internationalen Bimetallismus zustande zu bringen. Einen tief schmerzlichen Verlust erlitt das Vaterland durch den am 30. Juli 1898 erfolgten Tod des Fürsten Bis-
- Redemptoristen zugelassen 1895.
- Bürgerliches Gesetzbuch 1. Juli 1896.
- Flottengesetze 1898 u. 1900.
- Militärstrafprozess 1898.
- Börsenreform Juni 1896.
- Bismarck † 30. Juli 1898.

marck, dessen bald nach seinem Heimgang erschienene „Gedanken und Erinnerungen“ von der Nation als ein köstliches Vermächtnis ihres grössten Staatsmannes aufgenommen wurden. Das Jahr 1900 brachte das Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches und des neuen Militärstrafprozesses und den sozialpolitischen Fortschritt des gesetzlich festgelegten Neun-Uhr-Ladenschlusses, ferner den chinesischen Krieg. Über diesen vgl. S. 353. Am 17. Oktober 1900 trat Hohenlohe wegen seines hohen Alters vom Amte zurück; sein Nachfolger wurde der Staatssekretär Bernhard von Bülow.

Bülow  
Kanzler  
1900.

Friede von  
Peking  
7. Sept. 1901.

h. Bülow Reichskanzler 1900. Unter seiner Leitung wurden 1900 die chinesischen Wirren durch den Frieden von Peking zu einem befriedigenden Abschluss gebracht. Das Gesetz über Erbauung des sog. Mittellandkanals vom Rhein zur Elbe scheiterte wie 1899, so auch 1901 im preussischen Abgeordnetenhaus an dem Widerstand der Konservativen und des Zentrums, welche von dem Kanal erhöhten Wettbewerb für die Landwirtschaft befürchteten, und darüber kam Miquel zu Fall, der bei seiner Fürsorge für die Landwirtschaft der Lauheit hinsichtlich des Kanalplans beschuldigt wurde. 1904 ward der Kanal in verstümmelter Form (nur vom Rhein bis Hannover) und die Errichtung eines Grossschiffahrtswegs von Stettin bis Berlin bewilligt. Gegenüber den Polen nahm Bülow eine feste Haltung ein; 1902 bewilligte der Landtag zu den schon früher ausgeworfenen 200 Millionen Mark nochmals 250 Millionen, um vermittelst der Ansiedlungskommission deutsche Bauern in Posen anzusiedeln, und bis 1914 wuchs die Zahl der Ansiedler und ihrer Angehörigen auf 150 000 Köpfe an. Freilich entwickelten die Polen auch eine eifrige und nicht erfolglose Gegenarbeit. Bei den Reichstagswahlen erlangten die Sozialdemokraten 1903 drei Millionen Stimmen, fast ein Drittel der Gesamtzahl; aber ihre politische Macht blieb gering, und ihr einst so fester Zusammenhalt ward durch innere Gegensätze gelockert (sog. Revisionisten oder Gemäßigte; Lokalisten oder Ultrarevolutionäre; selbständige Arbeit der auf Besserung der Arbeiterverhältnisse hinzielenden Gewerkschaften). Dem Zentrum machte Bülow das Zugeständnis, daß am 8. März 1904 der § 2

Miquels  
Sturz 1901.

Deutsche  
Kolonisation  
in Posen.

des Jesuitengesetzes (der den Behörden gestattete, einem Jesuiten einen bestimmten Aufenthalt anzuweisen) aufgehoben wurde; allerdings stimmte im Bundesrat nur eine kleine Mehrheit (29 gegen 25) für diese Verstümmelung des Gesetzes. Dafür half das Zentrum am 9. Mai 1904 der Reichsfinanzreform des Staatssekretärs Freihern von Stengel zur Annahme, wonach zum Zweck einer klaren Scheidung von Reichs- und Einzelstaatshaushalt dem Reich der Ertrag der Tabaksteuer und der Zölle ohne Abzug überwiesen wurde. Weiter gelang es 1905 (auf Grund des Zolltarifs von 1902) neue Handelsverträge (bis 1917) mit Belgien, Italien, Österreich, Rumänien, Rußland, der Schweiz und Serbien zustande zu bringen, wobei der Kornzoll aus Fürsorge für die Landwirtschaft wieder auf 5 Mark für den Doppelzentner erhöht wurde. Im März 1906 ging eine Veränderung des Flottengesetzes durch, wonach die Zahl der Kreuzer auf 58 erhöht und der Bau von Linienschiffen von 18000 Tonnen Wasserverdrängung (entsprechend den Lehren des russisch-japanischen Krieges) beschlossen wurde. Da das Reich seinen wachsenden Ausgaben nicht mehr genügen konnte, so wurden am 19. Mai 1906 vom Reichstag mit 149 gegen 95 Stimmen neue Steuern bewilligt (Fahrkartensteuer, Reichsanteil an der Erbschaftssteuer usw.), welche 200 Millionen erbringen sollten. Die Regierung liefs, um ein beschlußfähiges Parlament zustande zu bringen, einen lange verteidigten Grundstein der Reichsverfassung ausbrechen: am 17. Mai genehmigte der Bundesrat ein Gesetz, wonach den bisher unbesoldeten Reichstagsabgeordneten jährlich 3000 Mark Diäten bewilligt wurden. In Baden, Bayern und Hessen wurde 1904 bzw. 1905 und 1911 die direkte Wahl zum Landtag statt der indirekten eingeführt. Württemberg gestaltete 1906 seine Verfassung dadurch gründlich um, daß die bisher hocharistokratische Kammer der Standesherrn durch 21 bürgerliche und ritterschaftliche Mitglieder verstärkt und die zweite Kammer durch Ausschneiden der Ritter und Prälaten in eine reine Volkskammer auf Grund des allgemeinen Wahlrechts und der Verhältniswahl verwandelt wurde.

Jesuitengesetz geändert 1904.

Finanzreform 1904.

Flottennovelle 1906.

Reichssteuerreform 1906.

Diäten 1906.  
Verfassungsreform in Baden, Bayern, Hessen, Württemberg 1904—1911.

i. Auswärtige Schwierigkeiten 1904—1906. Während

dieser Umgestaltungen im Innern ward das Reich in zwei auswärtige Schwierigkeiten verwickelt. 1. Im Januar 1904 erhob sich in Deutsch-Südwestafrika das stolze und tapfere, der deutschen Herrschaft und Ordnung überdrüssige Volk der Hereró und verwüstete mit wilder Grausamkeit die Farmen der Deutschen, konnte aber die Hauptstadt Windhuk, die durch eine 380 Kilometer lange Bahn mit Swakopmund verbunden war, nicht einnehmen. Kaum hatte General von Trotha durch den Sieg am Waterberg (11. August) die Hauptkraft der Hereró gebrochen, so erhob sich im Süden das kriegerische Volk der Hottentotten (Witbois) unter seinem im Greisenalter noch jugendfrischen Häuptling Hendrik Witboi und stellte, überaus gewandt im Reiten und Fechten und unterstützt von der Natur des teils sandigen und wasserarmen, teils felsigen Landes, den deutschen Kriegern, deren Zahl in Südwestafrika allmählich auf über 16000 gebracht werden mußte, die härtesten Aufgaben, welchen unsere freiwilligen Krieger mit beispiellosem Heldennut sich unterzogen. Erst seit Hendrik am 29. Oktober 1905 bei Fahlgras eine tödliche Wunde empfangen hatte, erlosch der Aufstand allmählich, und der neue Statthalter von Lindequist konnte an die Herstellung der verwüsteten Kolonie gehen. 2. Der französische Minister des Auswärtigen Delcassé arbeitete seit 1898, wo Frankreich in der Faschodafrage vor England zurückwich (S. 338), an der Beseitigung aller Gegensätze zwischen Frankreich und England und an der Herstellung eines „herzlichen Einvernehmens“ (*entente cordiale*) beider Länder, das sich in letzter Linie gegen Deutschland richten sollte. Diesem grollte Frankreich wegen des Verlustes von Elsass-Lothringen, England wegen seines machtvoll sich entwickelnden Wettbewerbs auf dem Gebiet von Handel und Gewerbefleiß. König Eduard VII. förderte auch seinerseits Delcassés Bestrebungen auf jede Weise und erlangte einen persönlichen Einfluß auf die auswärtige Politik, wie ihn seit Georg III. kein englischer König mehr besessen hat. Am 8. April 1904 kam in der Tat ein Abkommen zwischen England und Frankreich zustande, welches alle kolonialen Streitpunkte ausglich und namentlich Ägypten

Hereró-  
und Witboi-  
aufruhr  
1904.

Waterberg.

Hendriks  
Tod 1905.

Delcassé  
Minister  
1898—1905.

Englisch-  
französi-  
sches Einver-  
nehmen  
8. April 1904.

dem englischen, Marokko dem französischen Machtbereich zuteilte. Dadurch wurden die deutschen Handelsinteressen in Marokko bedroht, da die unverkennbare Absicht der Franzosen darauf ging, aus Marokko ein zweites Tunis (S. 338) zu machen und es in ein französisches Schutzland zu verwandeln, das schliesslich nur dem französischen Handel offen bleiben sollte. Kaiser Wilhelm II. entschloß sich, dieser Politik der Mifsachtung Deutschlands, dem das Abkommen vom 8. April nicht einmal amtlich mitgeteilt wurde, ein vernehmliches Halt zu gebieten und stattete am 31. März 1905 der marokkanischen Seestadt Tanger einen Besuch ab, wobei ihm ein Oheim des Sultans Abdul Asis feierlich namens des Sultans begrüßte und der Kaiser die Unabhängigkeit des „scherifischen Reiches“ betonte. Da Frankreich durch die schweren Niederlagen seines russischen Verbündeten gegen die Japaner (10. März Einnahme von Mukden) auf dem Festland vereinzelt war, so lenkte es ein; Delcassé mußte auf Drängen der Mehrheit der Kammer vom Amte zurücktreten, und Rouvier willigte in die Forderung Bülows ein, daß die marokkanische Frage auf einer Zusammenkunft aller dabei beteiligten Staaten in der spanischen Stadt Algeciras (gegenüber von Gibraltar) gelöst werden sollte. Die Beratungen wurden dort am 16. Januar eröffnet und nahmen einen sehr schleppenden Verlauf, weil Frankreich, von England und dem durch den Frieden mit Japan wieder einigermaßen handlungsfähigen Rufsland unterstützt, mit Spanien und Italien durch besondere Verträge über Marokko und Tripolis in allen Mittelmeerfragen einig, den auf gleichmäßige Berechtigung aller Völker in Marokko gerichteten deutschen Forderungen zäh widerstand. Deutschland fand nur bei seinem alten Verbündeten Österreich einen zuverlässigen Rückhalt; der Dreibund versagte bei dieser Angelegenheit fast ganz. Schliesslich gelang es aber doch, am 7. April zu einem Schlufsprotokoll zu kommen, nach dem der Grundsatz der „offenen Tür“ für alle Völker in Marokko anerkannt, die Aufsicht über die Seehäfen des Landes unter Frankreich und Spanien geteilt, ein schweizerischer Offizier als oberster Befehlshaber namens des Sultans über diese Haf-

Kaiser  
Wilhelm in  
Tanger  
31. März 1905.

Konferenz  
von  
Algeciras  
1906.

Schlufs-  
protokoll  
7. April 1906.

polizei bestellt und an der zu errichtenden marokkanischen Staatsbank alle Regierungen beteiligt wurden. Frankreich verfolgte aber sein Ziel der Unterwerfung Marokkos mit Zähigkeit weiter. 1907 besetzte es wegen Ermordung eines französischen Arztes, Mauchamp, Casablanca und im Mai 1911 Fes, angeblich auf einen Hilferuf des Sultans Mulai Hafid gegen aufrührerische Stämme. Darauf antwortete Spanien, um das vor seinen Toren liegende Land nicht ganz in französische Hände fallen zu lassen, mit der Besitznahme von Larasch und El Ksar (Alkassar) und Deutschland mit der Entsendung des Kreuzers „Panther“ nach Agadir. Aus den nunmehr angeknüpften Verhandlungen, bei denen England Frankreich nachdrücklich unterstützte und längere Zeit schwere Kriegsgefahr bestand, ging ein Vertrag vom 4. November 1911 hervor, nach dem Frankreich die Schutzherrschaft über Marokko, Deutschland die wirtschaftliche Gleichberechtigung in Marokko und die Abtretung von 263 000 qkm des französischen Kongo („Neukamerun“) zugestanden wurde.

Franzosen  
in Fes 1911.

Panther  
nach Agadir.

#### k. Umschwung im Innern seit 1906; Block-Politik.

Die Machtstellung, welche das Zentrum seit 1895 einnahm, wurde allmählich der Regierung wie den anderen Parteien unbequem, und als das Zentrum mit Hilfe der Sozialdemokratie gegen alle andern bürgerlichen Parteien am 13. Dezember 1906 statt den für Beendigung des südafrikanischen Krieges geforderten 29 Millionen nur 20 bewilligte, löste Bülow den Reichstag auf. Bei den Neuwahlen vom 25. Januar 1907 behauptete zwar das Zentrum seine Stellung, die Sozialdemokratie verlor aber 36 Wahlkreise und sank von 79 Abgeordneten auf 43 herunter. Die Konservativen, Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten erlangten 221 Stimmen gegen 176 von Zentrum und Sozialdemokratie und schlossen sich zu gemeinsamer Arbeit im sog. „Block“ Block 1907. zusammen. Durch diese wurden die 29 Millionen bewilligt, den geschädigten Farmern in Südwestafrika 5 Millionen ausgesetzt und ein eigenes Staatssekretariat für die Kolonien (unter Dernburg) geschaffen. Im Jahre 1908 brachte der Block eine Reform des Börsengesetzes von 1896 und das lange ersehnte Reichsvereinsgesetz zustande, das für alle öffentlichen Versammlungen mit Ausnahme der Wahl-

Reichstags-  
auflösung  
1906.

Block 1907.

Vereins-  
gesetz 1908.

Zeppelins  
Luftfahrt  
1908.

Artikel des  
Daily Tele-  
graph 1908.

Reichs-  
kanzlerschaft  
v. Bethmann  
Hollwegs.

versammlungen den Gebrauch der deutschen Sprache vorschrieb. Diese Bestimmung richtete sich gegen die Polen. Zur Förderung der deutschen Ansiedlungen im polnischen Gebiet gewährte der preussische Landtag der Ansiedlungskommission neue 275 Millionen und ein Zwangkaufsrecht. Am 1. Juli 1908 fuhr Graf Zeppelin mit dem von ihm erfundenen starren Luftschiff in sicherer Fahrt von Friedrichshafen nach Luzern und zurück; leider ging aber sein Schiff am 5. August bei Echterdingen durch einen Wirbelsturm zugrunde. Das deutsche Volk steuerte aber in hochherziger patriotischer Einmütigkeit 6 Millionen Mark zur Herstellung eines neuen Luftschiffes bei, und der Kaiser verlieh dem kühnen Mann den schwarzen Adlerorden. Am 29. Oktober 1908 erschienen in der englischen Zeitung „Daily Telegraph“ Äußerungen des Kaisers gegen englische Privatpersonen, welche ungeheures Aufsehen hervorriefen und dem deutschen Reichstag Anlaß gaben, am 10. und 11. November gegen die fortgesetzte persönliche Einmischung des Kaisers in die Politik und die widerspruchsvolle Unzuverlässigkeit dieser Einmischung sich zu äußern, wodurch Deutschland das Mißtrauen der anderen Mächte hervorrief. Der Kaiser gab darauf am 17. November seinen Willen zu erkennen, künftig die Stetigkeit der Reichspolitik durch Achtung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers zu sichern. Da auch die 1906 bewilligten neuen Steuern die Bedürfnisse des Reiches (Flottenvermehrung und soziale Fürsorge) nicht deckten, so verlangten die Regierungen 1908 nochmals neue Abgaben im Betrage von 500 Millionen. Eine aus Konservativen und Zentrum gebildete Mehrheit bewilligte zwar diese Summe, lehnte aber die aus Rücksichten sozialer Gerechtigkeit vom Bundesrat beantragte Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Eltern und Kinder ab. Da Fürst Bülow und die Linke dies nicht billigten, so trat Bülow am 14. Juli 1909 zurück, und der Block ging in Trümmer.

1. Reichskanzlerschaft v. Bethmann Hollwegs. Zum vierten Reichskanzler wurde der bisherige Reichsstaatssekretär des Innern, Theobald v. Bethmann Hollweg (geb. 1856), ernannt, dem es gelang, trotz der grossen Parteizerklüftung, welche seit dem Ende des Blocks herrschte, 1911 eine Wertzuwachssteuer, die große, die gesetzlichen Bestimmungen zu-

sammenfassende Reichsversicherungsordnung und eine neue Verfassung für Elsass-Lothringen (mit einem Statthalter, zwei Kammern, allgemeinem Wahlrecht und drei Stimmen im Bundesrat) zustande zu bringen; die bisherige Unterstellung des Landes unter Bundesrat und Reichstag hörte auf. Dagegen scheiterte 1910 der Versuch, die 1908 von Bülow in Aussicht gestellte Reform des Dreiklassenwahlrechts zum preussischen Landtag durchzuführen. Die Verbitterung, welche sich der Massen über die Ablehnung der Erbschaftssteuer und über die neuen indirekten Steuern bemächtigt hatte, und die Selbstzerfleischung der bürgerlichen Parteien brachte der 1907 so hart getroffenen Sozialdemokratie bei den Neuwahlen zum Reichstag am 25. Januar 1912 einen großen Sieg; sie erlangte 110 Sitze und wurde die stärkste Fraktion. Aber sie konnte trotzdem nicht verhindern, daß angesichts der gespannten europäischen Lage das Heer 1912 um 29 000, 1913 um 136 000 Mann verstärkt wurde; an der geschlossenen Stellung der bürgerlichen Parteien brach sich ihre Macht, und der durch die Erinnerungen von 1813 mächtig belebte Opfergeist der besitzenden Klassen nahm auch die großen Kosten der Heeresvorlage von 1913, welche die allgemeine Wehrpflicht wieder zur Wahrheit machte, mittelst des „Wehrbeitrags“ vom Vermögen und der Vermögenszuwachssteuer ganz auf die eigenen Schultern (393 Mill. an dauernden, 898 an einmaligen Ausgaben). Infolge unliebsamer Vorfälle zwischen Militär und Bürgerschaft in Zabern (November 1913) trat am 31. Januar 1914 ein Wechsel in der Regierung von Elsass-Lothringen ein, dessen Ziel war, durch feste und gerechte Zügelführung das Gefühl der unzerreißbaren Zusammengehörigkeit mit dem Reiche mehr als bisher zu wecken. Am 1. August brach der Weltkrieg aus.

Elsässische  
Verfassung  
1911.

Wahlen von  
1912.

Wehrgesetz  
von 1913.

Zabern 1913.

## Zweiundvierzigstes Kapitel.

### Die außerdeutschen Staaten 1871—1914.

a. In Österreich war seit 1867 die deutsch-liberale Verfassungskartei am Ruder, welche die Erhaltung der zentralistischen Verfassung Österreichs (*Cisleithaniens*), des Dualismus (S. 308) und der Vormachtstellung des deutschen Elements erstrebte. Die slawischen Stämme waren — mit

Verfassungskartei in  
Österreich  
1867—1879